



Ausgabe 16

12. Juli 2011

## Inhalt >>>

- > Wie geht es weiter mit der Regionalpolitik? **Kerstin Westphal** 1
- > 112 europaweit **Kerstin Westphal** 2
- > Finanzprodukte unter Aufsicht **Kerstin Westphal** 2
- > Polen führen EU **Kerstin Westphal** 2
- > Marshallplan für Griechenland **Kerstin Westphal** 2
- > Unsere Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Panzerdeal inakzeptabel **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Festung Dänemark **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Der europäische Kompromiss **Ismail Ertug** 4
- > Rasern wird das Leben schwer gemacht **Ismail Ertug** 4
- > Bodyscanner **Ismail Ertug** 4
- > Zur Info: OLAF 2
- >>> **Service**
- > Besuchergruppen 5
- > Kontakt 5

## O-Ton

**"Mehr Europa, weniger Krise!"**

**Donald Tusk, Ministerpräsident Polens, Straßburg, 06.07.2011 zur Vorstellung der polnischen Ratspräsidentschaft**

## Wie geht es weiter mit der Regionalpolitik?

von Kerstin Westphal

Ab 2014 werden die Karten neu gemischt, was die Förderung durch Strukturfonds angeht. Doch schon jetzt werden erste Weichen gestellt - zum Beispiel mit dem Bericht zur Zukunft der Regionalpolitik, den das Parlament letzte Woche in Straßburg verabschiedet hat.

Darin stellt das Parlament seine Ideen und Schwerpunkte für die künftige Regionalpolitik vor.

### Alle Regionen unterstützen

Dabei sendet das Parlament ein starkes Signal, dass auch in Zukunft alle Regionen der Europäischen Union unterstützt werden sollen. Denn nicht nur die ärmsten Regionen brauchen Fördermittel - auch in wirtschaftlich stärkeren Gebieten gibt es Probleme wie den Strukturwandel, wo Gelder aus der europäischen Regionalpolitik helfen können. Dabei ist es uns wichtig, nicht nach dem "Gießkannen-Prinzip" Fördermittel zu verteilen, sondern die wichtigen und dringenden europäischen Herausforderungen für die Zukunft anzugehen, wie die Bekämpfung des Klimawandels, die Bereiche Forschung, Innovation und Technologieförderung, Ausbildung, und den demografischen Wandel.

### Neue Förderkategorie

Besonders strittig war die Einführung einer neuen, zeitlich begrenzten Förderkategorie. In diese Kategorie sollen Regionen fallen, die zum Ende der laufenden Finanzperiode aus der Höchstförderung ausscheiden würden, sowie alle Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Wir SozialdemokratInnen haben uns für diese Zwischenkategorie ausgesprochen, und die Abstimmung hierüber gewonnen. In unseren

Augen brauchen ehemalige Ziel-1-Regionen, die besonders viele Gelder bekommen haben - z.B. in Ostdeutschland - eine Übergangs- oder Anschlussförderung, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Es kann außerdem nicht sein, dass Regionen mit 80% Durchschnitts-BIP genauso behandelt werden wie die City of London mit über 300%.

### Mehr Mitsprache für kommunale Ebene gefordert

Das Parlament fordert außerdem eine Stärkung des Partnerschaftsprinzips, also eine intensive und rechtzeitige Einbindung der Städte und Gemeinden. Gerade Bayern hat hier Nachholbedarf - die Staatsregierung muss lokale und regionale Akteure frühzeitig in die Ausgestaltung der europäischen Programme einbeziehen, schließlich wissen die VertreterInnen dort am besten, wo bei ihnen der Schuh drückt.

### September wird spannend

Die Kommission wird Ende September ihre Gesetzes-Vorschläge unterbreiten - wir hoffen, dass sie möglichst viele Anregungen des Parlaments aufgreifen wird. Zum künftigen Etat für die Regionalpolitik ab 2014 hat die Kommission in ihrer Finanziellen Vorausschau Ende Juni vorgeschlagen, diesen von 348 auf 336 Milliarden Euro abzusenken, und 40 Milliarden für einen neuen "Infrastrukturfonds" bereitzustellen - hier sind wir auf die konkrete Ausgestaltung gespannt.

## 112 europaweit



Quelle: de:benutzer:retungssani (wikipedia)

Ein Unfall im Ausland, ein Griff zum Telefon und lebensrettende Sekunden vergehen bis die richtige Notrufnummer gewählt ist. Gerade einmal 26 % der Unionsbürger kennen die 112 als unionsweite Notrufnummer. Der in der vergangenen Woche im Plenum verabschiedete Bericht aus dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz betont zum wiederholten Male, dass das Wissen über die einheitliche europäische Notrufnummer ausgebaut werden muss. Die Berichterstatterin Sylvana Rapti (S&D Fraktion, Griechenland) verweist auf die bislang schlechte Qualität der Dienste, die den Bürgern bislang über diese Nummer geboten wurde. In dem Bericht werden die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission aufgefordert, dass oftmals lebensrettende Wissen um diese Nummer in der gesamten Europäischen Union zu verbreiten. **KW**

## Polen führen EU



Am 1. Juli hat turnusgemäß der Ratsvorsitz gewechselt. Nach der von vielen Debatten geprägten ungarischen Präsidentschaft (Stichworte Mediengesetz, Verfassung) hat jetzt Polen für ein halbes Jahr den Vorsitz übernommen. Der polnische Präsident Donald Tusk stellte dem Parlament am Mittwoch in Straßburg seine Arbeitsschwerpunkte vor.

### Wachstum, Sicherheit, Offenheit

An erster Stelle steht die Förderung des **Wachstums** in Europa. Darüber hinaus will Polen sich für ein **sicheres Europa** stark machen. Dazu zählt die finanzpolitische Sicherheit (Gesetzespaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung und Reform des Stabilitäts-Paktes) sowie natürlich die innere Sicherheit (Stichworte: Schengenraum, Kampf gegen illegale Migration, aber auch Rohstoffsicherheit). Hinsichtlich der **Offenheit** liegt Polen vor allem die Weiterentwicklung der östlichen Partnerschaft am Herzen.

Die Zukunft der Regionalpolitik und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sind weitere Themen, die während des polnischen Ratsvorsitzes auf der Agenda stehen. **KW**

## Finanzprodukte unter Aufsicht



Mit großer Mehrheit hat sich das EU-Parlament am 05.07.2011 für eine Regulierung von Leerverkäufen (short sells & naked short sells) sowie des außerbörslichen Derivatehandels (OverTheCounter-Derivate) ausgesprochen. Leerverkäufe können im Wesentlichen als Wetten auf fallende Kurse bezeichnet werden - in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind sie geeignet negative Trends noch zu beschleunigen. Die Europaabgeordneten verständigten sich darauf, dass ungedeckte Leerverkäufe generell bis zum Ende des jeweiligen Handelstages mit den entsprechenden Wertpapieren unterlegt sein müssen. Ansonsten drohen den Verkäufern empfindliche Strafzahlungen. Für die OTC-Derivate soll eine umfassende Meldepflicht bestehen. Es kann nicht länger sein, dass hochriskante Finanzgeschäfte einfach an den Aufsichtsbehörden und den regulierten Handelsplätzen vorbeilaufen. Die Endabstimmungen wurden jedoch ausgesetzt, um kurzfristig noch eine Einigung mit dem Ministerrat in erster Lesung zu ermöglichen. **KW**

Quellen: EP und Travel Afriacando (flickr.com)

## Zur Info >>>

### OLAF

Der Gemeinschaftshaushalt der EU wird von den europäischen Bürgern und Steuerzahlern finanziert. Die finanziellen Interessen der EU und ihrer Steuerzahler zu schützen, ist Aufgabe des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF = Office Européen de Lutte Anti-Fraude). OLAF kann bei begründetem Verdacht Untersuchungen einleiten und eigene Ermittlungen durchführen. Zu den Aufgaben von OLAF gehört es, Betrug im Zollbereich aufzudecken und zu untersuchen. Um sicherzustellen, dass OLAF bei der Durchführung seiner Ermittlungen völlig unabhängig agieren kann, hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Generaldirektor des Amtes keine Anweisungen einer Regierung oder einer anderen Institution erbitten oder entgegennehmen darf.

Unter 0800-1820595 ist OLAF europaweit erreichbar.



Quelle: de:OLAF

## Marshallplan für Griechenland

"Whatever the weather we must move together." titelten 1950 Plakate, die den Wiederaufbau-(Marshall)plan der USA für Europa bewarben. Nach Ende des Krieges war es vornehmlich die Sorge um ein Wegbrechen von Absatzmärkten und die Angst vor einem zu starken Einfluss der Sowjetunion, die notwendige Hilfe beflügelte; Rückblickend eine Erfolgsgeschichte, die auch für den Wohlstand in Deutschland nicht unbedeutend war. Nicht zuletzt bewahrheitet sich der Werbespruch: die echte europäische Integration begann. Zur aktuellen Diskussion über einen "Marshall-Plan für Griechenland" sprach **Kerstin Westphal** mit ihrem griechischen Kollegen **Georgios Stavrakakis**:



**KW:** In meinen Augen besteht - aufbauend auf der europäischen Integration und Solidarität - kein Zweifel an der **Notwendigkeit** eines "Marshall-Plans", der das Wirtschaftswachstum in Griechenland ankurbelt. Auch könnten wir es und finanziell nicht leisten Griechenland Pleite gehen zu lassen - eine weitere Finanzkrise wäre vorprogrammiert. **GS:** Das stimmt. Außerdem gilt: Durch Sparen allein wächst die griechische Wirtschaft nicht. Für den Abbau der Schulden ist eine wiederbelebte Wirtschaft in meinem Land essentiell. Ein Baustein in dem Wachstumsprogramm können **Gelder aus den EU-**

**Strukturfonds** sein. Zweck dieser Mittel ist gerade die **Förderung leistungsschwacher Regionen** in der EU. **KW:** Richtig. Und für den deutschen Steuerzahler wichtig: Eine Verwendung dieser **Mittel** hat den Vorteil, dass sie **bereits im EU-Haushalt** eingeplant sind und nicht zusätzlich aufgebracht werden müssen. Zudem sind sie projektorientiert, d.h. sie bedeuten eine **effektive und zielgenaue Hilfe**; für die griechischen Empfängerregionen sind rund 15 Mrd. € bis 2013 vorgesehen.

**GS:** Problematisch ist, dass **Griechenland** bislang faktisch **keinen Zugriff** auf die Gelder hat, da diese europäischen Mittel bislang nur zur Verfügung stehen, wenn eine Ko-Finanzierung seitens des Antragstellers sichergestellt ist. In der aktuellen Finanzsituation Griechenlands ist diese **Ko-Finanzierung** aber für **Griechenland nicht zu stemmen**.

**KW:** Wir Sozialdemokraten fordern daher, vorübergehend von der Pflicht zur Ko-Finanzierung bei Griechenland abzuweichen, da das Land mit seiner schwerwiegenden Haushalts- und Wirtschaftskrise einen absoluten Ausnahmefall darstellt. Nur mit europäischer Solidarität können wir dafür sorgen, dass wir - wie in den 50er-Jahren - wieder eine Erfolgsgeschichte beginnen können. **KW**

Quelle: theros (wikipedia)

## Unsere Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof



Diese Woche, am 17. Juli, wird der Tag der Internationalen Strafgerichtsbarkeit begangen. Das Datum erinnert an die Unterzeichnung des Rom-Statuts am 17. Juli 1998 und damit an die

Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) - ein Meilenstein für die internationale Gemeinschaft. Erstmals wurde damit Straffreiheit für Täter beendet, die schlimmste Verbrechen mit internationalem Belang begehen - Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen ge-



Wolfgang Kreissl-Dörfler mit Präsident Sang-Hyun Song (Korea)

gen die Menschlichkeit. An diesem Tag sollen wir uns erinnern an die unzähligen unschuldigen Zivilisten - Kindern, Frauen und Männer, die auch heute noch Opfer von unvorstellbaren Grausamkeiten werden.

Weite Teile der internationalen Gemeinschaft sind entschlossen, gegen Straflosigkeit zu kämpfen und Opfern ein Stück weit Gerechtigkeit zu geben. Aktuell hat der Internationale Strafgerichtshof einen internationalen Haftbefehl gegen Gaddafi, seinen Sohn und seinen Geheimdienstchef erlassen und rückt damit wieder etwas mehr in das öffentliche Bewusstsein.

Allerdings befindet sich der IStGH gerade in einer kritischen Situation, weshalb er die volle Aufmerksamkeit und Unterstützung benötigt.

So werden oftmals Haftbefehle missachtet - wie kürzlich der Empfang des (nord-)sudanesischen Präsidenten Al-Bashir in China zeigte - seit 2009 wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Dafur gesucht. Zudem werfen afrikanische Länder dem IStGH vor, ein Gerichtshof gegen Afrika zu sein. Diese Kritik ist jedoch nicht haltbar, da die meisten Fälle direkt von den betroffenen Staaten mangels eigener Strafverfolgungskompetenz an den IStGH verwiesen wurden - so vor allem durch afrikanische Staaten selbst. Weiterhin sieht sich der Gerichtshof mit einer wachsenden Anzahl zu behandelnder Fälle bei einem gleichbleibenden Budget konfrontiert.

Umso wichtiger ist es, dass gerade jetzt die EU ihre bisherige Unterstützung intensiviert. Wie das genau aussehen kann, im politischen, diplomatischen, logistischen und finanziellen Bereich, wird in mei-

nem derzeitigen Initiativbericht dargestellt. Am 15.06. 2011 war ich als Berichterstatter zu Gast beim IStGH in Den Haag.

Dort führte ich interessante Gespräche mit dem Präsidenten Sang-Hyun Song, der Kanzlerin Silvana Arbia und dem Chefankläger Moreno Ocampo und nahm an einer Prozessanhörung teil. Zudem organisierten wir am 12. Juli eine Anhörung zum Internationalen Strafgerichtshof, zu der ich unsere ehem. Bundesjustizministerin Herta Däubler Gmelin als ausgewiesene Expertin auf diesem Gebiet eingeladen habe.

Die Arbeit und das Engagement der Richter und Angestellten des IStGH sind beeindruckend. Ich hoffe, dass wir Sozialdemokraten mit diesem Bericht, der im Oktober vorgestellt wird, dazu beitragen können, die internationale Strafjustiz ein Stück weit zu stärken. **WKD**

## Panzerdeal inakzeptabel!



Wir Sozialdemokraten sind mehr als entsetzt angesichts des Verkaufs von 200 Leopard 2-Kampfpanzern der

Bundesregierung an Saudi-Arabien. Im Zuge der Debatte mit der EU-Außenvertreterin Catherine Ashton über die revolutionären Bewegungen in Nordafrika und der arabischen Welt haben wir SPD-Europaabgeordnete Ashton dazu aufgerufen, diesen Waffendeal scharf zu verurteilen und wenn möglich noch zu verhindern. Waffenlieferungen in Krisengebiete sind unverantwortlich. Panzer werden allzu oft auch gegen den „inneren Feind“ in Stellung gebracht. Gerade in Saudi-Arabien gilt die Menschenrechtssituation als sehr kritisch. Zudem waren saudische Truppen gerade noch am Niederschlagen von Protesten in Bahrain beteiligt. Schwarz-Gelb hat anscheinend die großen politischen Umwälzungen in der Region noch nicht mitbekommen.

*Pecunia non olet?* Geld stinkt doch, Frau Merkel und Herr Westerwelle! Deutschland hat in diesem Monat zudem den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat und damit eine herausgehobene internationale Verantwortung. Die geäußerte Unterstützung für den „Arabischen Frühling“ wird durch diesen Deal als Lippenbekenntnis entlarvt. Aktive Friedenspolitik sieht anders aus! **WKD**

## Festung Dänemark



Seit 05.07.2011 führt die dänische Regierung ungeachtet des Schengenabkommens und trotz starker Kritik aus Brüssel und anderen Mitgliedstaaten

verstärkt Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Schweden durch, angeblich um den Drogenhandel und die Einreise Krimineller zu verhindern. Diese Politik der dänischen Regierung schürt nur Vorbehalte gegen Europa, anstatt der Kriminalität tatsächlich wirksam zu begegnen. Zudem gibt es keine konkreten Anhaltspunkte, die auf einen Anstieg der Organisierten Kriminalität hinweisen. Wenn es der dänischen Regierung tatsächlich um Sicherheitsaspekte ginge, sollte sie sich vielmehr für einen Ausbau der justitiellen und polizeilichen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene einsetzen. Die Reisefreiheit ist eine zu wichtige Errungenschaft. Wir Sozialdemokraten erwarten von der EU-Kommission als Hüterin der Verträge eine strenge Prüfung, inwieweit die Grenzkontrollen gegen EU-Recht verstoßen.

Die Aufforderung, Dänemark als Urlaubsland zu boykottieren ist wenig hilfreich und trifft nur die Falschen. Besser wäre es, die Bundesregierung würde eine klare Haltung gegenüber der dänischen Regierung einnehmen. **WKD**

Quelle: sonaz (wikipedia)

Quelle: wikipedia

## Der europäische Kompromiss

Quelle: Hinrich (wikipedia)



In der Plenarsitzung vom 23. Juli in Brüssel hat das Europäische Parlament den zweiten Initiativbericht zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik verabschiedet. Rechtzeitig, bevor die EU-Kommission im Herbst ihre Gesetzesvorschläge für die zukünftige EU-Landwirtschaftspolitik vorlegt, hat das Plenum seine Forderung nach einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik bekräftigt. Der Bericht trägt die Handschrift der sozialdemokratischen Fraktion.

### Sozialdemokratische Handschrift

Wir haben uns massiv für eine Ausrichtung der neuen EU-Agrarpolitik an öko-

logischen Standards eingesetzt, die wir hartnäckig verteidigt haben. Denn eine stärkere ökologische Ausrichtung ist notwendig, um den Umweltherausforderungen, dem Klimawandel und dem Erhalt der Artenvielfalt gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen wir die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmitteln sicherstellen.

Für diese Leistungen muss aber aus unserer Sicht der Landwirt als Dienstleister an der Gesellschaft entlohnt werden. Auf einem vollständig liberalisierten Markt wird den Kosten einer schonenden Bewirtschaftung nicht ausreichend Rechnung getragen.

### Degressive Direktzahlungen

Ein weiterer Erfolg ist, dass sich das Parlament erstmalig für eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen in Bezug auf die Größe der Betriebe ausgesprochen hat: Bisher war es nicht möglich die Direktzahlungen in irgendeiner Weise zu begrenzen, jetzt sollen sie ab einer bestimmten Betriebsgröße abnehmen.

### Zwei-Säulen-Modell

Dass das Zwei-Säulen-Modell grundsätzlich erhalten bleibt, garantiert den Landwirten auch künftig einen festen Betrag, auf den sie sich verlassen können. Gleichzeitig wird durch die Kopplung der Direktzahlung an eine ökonomische Variable der Übergang vom Europa der fünfzehn Mitgliedstaaten hin zum Europa der 27 erreicht, ohne die einen oder anderen allzu sehr vor den Kopf zu stoßen. Der Bericht ist insofern ein echt europäischer Kompromiss.

### Barrosos Pläne

Fraglich ist jetzt, was die Kommission, allen voran Kommissionspräsident Barroso, aus diesen Bestrebungen macht. Der Spanier hatte eine Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum angekündigt. Dass ausgerechnet die Mittel für den Umweltschutz gekürzt werden sollen, zeugt von einer Engstirnigkeit, gegen die das Parlament opponierte und die ihm EU-Agrarkommissar Ciolos nun ausreden muss. **IE**

## Die Redaktion des Newsletters der SPD-Europaabgeordneten wünscht euch einen schönen Sommer 2011.

### Rasern wird das Leben schwerer gemacht

Letzte Woche stimmte das Europäische Parlament über einen Richtlinienvorschlag ab, der es künftig ermöglichen soll Verkehrssünder aus dem EU-Ausland zu belangen. Wenn ein Deutscher bei seiner Urlaubsfahrt nach Italien oder Spanien beispielsweise beim Überfahren einer roten Ampel oder beim Rasen geblickt worden ist, muss er ab 2014 damit rechnen, dass ihn zuhause ein Bußgeldbescheid erwartet. Bislang schließt die Richtlinie nur die acht verheerendsten Verkehrsvergehen ein. Außer bei den beiden genannten Delikten müssen Fahrer auch mit Konsequenzen rechnen wenn sie alkoholisiert fahren, während der Fahrt mit dem Handy telefonieren, unter Einfluss von Drogen am Steuer sitzen, nicht angeschnallt sind, beim Motorradfahren keinen Helm tragen oder verbotene Fahrstreifen benutzen.

Zum Austausch der Daten wird die bereits in der Kriminalitätsbekämpfung erprobte Datenbank "Eucaris" zum Einsatz kommen. Neben den Fahrzeug- und Halterdaten erhalten die zuständigen Behörden EU-weit Zugriff auf die Adresse des Halters, sodass der Mahnbescheid zugestellt werden kann. Die Richtlinie sieht jedoch keine Folgemaßnahmen bei Zahlungssäumigkeit vor. Um dem Bußgeld dieselbe abschreckende Wirkung wie im Inland zu verleihen.

muss auf diesem Gebiet jedoch künftig auch ein EU-weiter Rechtsrahmen geschaffen werden. Als große Enttäuschung empfand das Europäische Parlament, dass Dänemark, Irland und Großbritannien eine Anwendung der Richtlinie nicht vorsehen.

Das Vertragswerk der EU ermöglicht diesen drei Mitgliedstaaten ein Opt-out bei Rechtsinstrumenten, die unter die polizeiliche Zusammenarbeit fallen. Von diesem Opt-out machten die drei Länder nun Gebrauch. Dadurch wird dieser wichtige Schritt hin zur Europäisierung der Verkehrssicherheit nur von 24 EU-Mitgliedstaaten genommen und eine Lösung für die gesamte EU ist weiter fern. In einem zusammenwachsenden Europa mit einem gemeinsamen Binnenmarkt kann die Verkehrssicherheit nicht an den nationalen Grenzen Halt machen, sondern muss als gemeinsame Aufgabe wahrgenommen werden.

In etwa fünf Jahren wird die Kommission die Ergebnisse der Richtlinie beurteilen und, wenn nötig, die weitere Harmonisierung von Verkehrsvorschriften und Kontrollstandards vorschlagen. Es bleibt zu hoffen, dass bis dahin alle EU Mitgliedstaaten den politischen Willen für einen europäischen Ansatz in der Straßenverkehrssicherheit aufbringen. **IE**

### Bodyscanner

In seiner Stellungnahme zum Einsatz von Körperscannern forderte das Europäische Parlament eine EU-weite Regelung. Den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament war es besonders wichtig, dass dort, wo Körperscanner in der EU Anwendung finden, die gleichen Standards beim Gesundheitsschutz, der Vertraulichkeit der Passagierdaten und dem Schutz der Menschenwürde zum Tragen kommen. So gab es ein klares Votum gegen den Einsatz gesundheitsschädlicher Röntgenstrahlung und gegen Abbildungen der Körpersilhouetten. Die Freiwilligkeit des Körperscans ist ein weiterer Punkt, der für das Europäische Parlament von großer Bedeutung ist. Fluggästen, die eine manuelle Kontrolle bevorzugen, muss nach Meinung des Parlaments auch künftig eine entsprechende Alternative geboten werden. Zuletzt müsse entsprechend der Stellungnahme auch in der Frachtsicherheit mehr unternommen werden. Die Kommission ist aufgerufen, eine umfassende Strategie zur Luftsicherheit auszuarbeiten. Hierbei soll besonders die Verbesserung von Kontrollen der Befrachtung aus Drittstaaten (d.h. Fracht, welche in Passagierflugzeugen mitgeführt wird) eine zentrale Rolle spielen. Schließlich kann es nicht sein, dass jeder Passagier penibel untersucht wird, während im gleichen Flugzeug unkontrollierte Fracht mitfliegt. **IE**

Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel >>>



Eine Gruppe Referendarinnen und Referendare besuchte am 28.06.2011 **Kerstin Westphal**, MdEP im Europäischen Parlament in Brüssel. Organisiert wurde die Reise von Jugendoffizier Hauptmann Danny Herzog-Braune von der Bundeswehr in Veitshöchheim.



Der Einladung von **Kerstin Westphal**, MdEP zu einer Informationsfahrt ins Europäische Parlament nach Straßburg folgten 45 Bürgerinnen und Bürger aus Mittel-, Ober- und Unterfranken. Im Verlauf des 3-tägigen Aufenthaltes erlebten die Teilnehmer das historische Straßburg und die reizvolle elsässische Landschaft. Beim gemeinsamen Abendessen mit Kerstin Westphal bei regionalen Spezialitäten fand sich schnell interessanter Gesprächsstoff. Beeindruckender Höhepunkt des Programms war der Besuch im Europaparlament. Dort berichtete Kerstin Westphal über ihren Arbeitsalltag in den Ausschüssen für regionale Entwicklung sowie Binnenmarkt und Verbraucherschutz und diskutierte aktuell mit den Teilnehmern u.a. über die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Dänemark. Wichtige Themen für Gastredner und Kollege Matthias Groote, MdEP, ist u.a. Griechenland, das mit dem immensen Vertrauensverlust seiner Bürger zu kämpfen hat. Beim anschließenden Besuch einer Plenardebatte standen der Bilanzbericht nach sechs Monaten ungarischer Ratspräsidentschaft und die Wahl von zwei Vizepräsidenten auf der Tagesordnung.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP\* (WKD) Kerstin Westphal, MdEP\* (KW)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 110  
[wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:  
 Oberanger 38/IV  
 80331 München  
 T.: 089 21 02 43 61  
 F.: 089 21 02 43 61  
[europa@kreissl-doerfler.de](mailto:europa@kreissl-doerfler.de)

[www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)

Ansprechpartnerin:  
 Britta Besan

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 534  
[kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartner:  
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:  
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R  
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg  
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28  
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29  
[eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de) [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)

Ansprechpartnerinnen:  
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00-14.30 Uhr  
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

**Ismail Ertug, MdEP\*(IE)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 547  
[ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,  
 und Fatih Aydogan

Europabüro:  
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9  
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf  
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64  
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63  
[europabue-ro@ertug.eu](mailto:europabue-ro@ertug.eu) [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)

[www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)

AnsprechpartnerInnen:  
 Maria von Stern Katja Reitmaier  
 Sebastian Reiter

Bürozeiten:  
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr

\*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts